

Worüber man nicht schweigen darf



Christian Fleck*

Der berühmte Soziologe Zygmunt Bauman soll jahrelang für den polnischen Nachrichtendienst gespitzelt haben. Mit seinem Schweigen zu dieser Angelegenheit tut er sich keinen guten Dienst.

Foto: privat

Vor Kurzem machte der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial in der FAZ (20. März 2007) bekannt, was in der polnischen Zeitschrift *Ozon* offenbar schon voriges Jahr zu lesen war: Dass der prominente, aus Polen gebürtige Soziologe Zygmunt Bauman viele Jahre lang Angehöriger des militärischen Nachrichtendienstes war und es dort bis zum ordensgeschmückten Major brachte. Bauman, mit dem, auf Aktenfunden beruhendem Vorwurf konfrontiert, zog es vor zu schweigen.

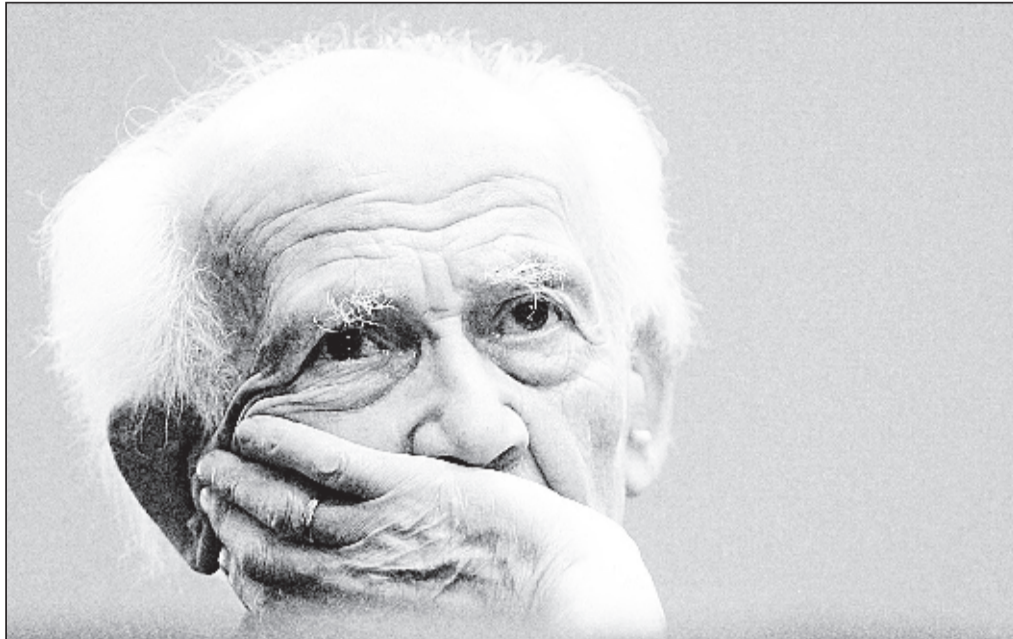
Die Reaktion kommt einem irgendwie bekannt vor. Der Vergleich mit denen, die sich an ihre Verstrickung in der Nazi-Zeit nicht erinnern wollen, drängt sich auf und führt doch in die Irre. Die öffentliche Moral und das interessierte Publikum (ver-jurteilten nämlich in den vergangenen Jahrzehnten nur dann ohne Wenn und Aber, wenn es gegen ehemalige Nazis ging. Ein öffentliches Eingeständnis von Jugend- und anderen Sünden blieb hingegen ohne nachteilige Folgen für den Bekennenden, wenn er sich dabei

von links nach rechts bewegte. „The God That Failed – Six Famous Men Tell How They Changed Their Minds About Communism“ – so der Titel der wohl berühmtesten Sammlung von Konfessionen ehemaliger Kommunisten – erschien zuerst 1949 und in der Folge rasch in vielen anderen Sprachen.

Als das von der kommunistischen Presse und ihren Fellow Travellers heftig attackierte kleine Büchlein über den falschen Gott herauskam, war der gerade 25-jährige Bauman seit sechs Jahren Agent „Semjon“ des polnischen Geheimdienstes und seit zwei Jahren Major.

Bis 1953 aktiv

Schenkt man Musial Glauben, dann blieb Bauman bis 1953 im aktiven Dienst und wurde dann in die Reserve entlassen, da er „eine ernsthafte wissenschaftliche Perspektive vor sich“ hatte. Baumans wissenschaftliche Karriere in Polen endete 1968. Seither lebt er im Westen und sprach wenig über seine ersten vier Lebensjahrzehnte. Das machte ihn für manche sympathisch, schien es doch, dass der Autor ganz zugunsten sei-



Vom Spitzel zum gefeierten Soziologen – als solcher sollte Zygmunt Bauman eigentlich gut erklären können, wie er in den Armen der Stalinisten gelandet ist.

Foto: AP

nes Werkes im Hintergrund blieb. Dieses wuchs um ein weiteres Buch an. Bauman gilt seit Jahren als einer der wichtigsten Repräsentanten der Postmoderne in der Soziologie.

Kann es uns angesichts seines Werkes nicht eigentlich wurscht sein, was der heute 82-jährige in seiner Jugend getan hat? Wohl nicht, will man sich nicht den Vorwurf einhandeln, mit zweierlei Maß zu messen.

Bauman erhielt 1992 den Amalfi-Preis und 1998 den Adorno-Preis der Stadt Frankfurt – zwei der bedeutendsten Auszeichnungen, für die Soziologen infrage kommen. Die Preise ehrten ein Werk, von

dem seine Bewunderer sagen, es helfe uns, die Schattenseiten der Moderne besser zu verstehen. In der Dankesrede anlässlich der Verleihung des Amalfi-Preises für sein Buch „Modernity and the Holocaust“ (dt. Dialektik der Ordnung, 1992) machte sich Bauman die bekannte Formulierung Wittgensteins verdreht zu Eigen, als er sagte „worüber die Soziologie nicht sprechen kann, darüber muss sie schweigen“. (Verdreht, weil Wittgenstein über Personen und nicht akteurslose Wesen wie die Soziologie sprach).

Angesichts solcher Sätze und des Schweigens, nicht nur des alten Herren, sondern all seiner Adoranten dies- und

jenseits des Ärmelkanals reibt man sich doch ein wenig die Augen.

Notwendige Erklärung

Dabei wäre es doch gerade für einen Soziologen ein Leichtes zu schildern, wie man als polnischer Jude den Nazis knapp entkam, um in den Armen der Stalinisten zu landen und sich aus deren mehr oder weniger massiven Umarmungen nicht gleich wieder lösen zu können – tun wir Soziologen genau das doch tagtäglich, wenn wir versuchen erklären zu verstehen, warum jemand zum Mörder, Betrüger oder auch Hochstapler wurde. Ein postmoderner Soziologe, der nicht in der

Lage ist, über sich selbst und seine Verstrickungen in die Zeitläufte Auskunft zu geben, tut sich, seinem Werk und der Soziologie keinen guten Dienst. Darüber mögen sich die Gegner der Postmodernen klammheimlich freuen.

Moralische Pflicht

All jene, die Bauman in den vergangenen Jahrzehnten hofierten – das unter Leitung Jan Philipp Reemtsma stehende Hamburger Institut für Sozialforschung, in dessen Zeitschrift und durch dessen Verlag Bauman zuerst dem deutschen Publikum bekannt gemacht wurde, das deutsche Feuilleton von der liberalen *Zeit* bis zur alternativen *Tageszeitung (taz)*, das Frankfurter Adorno-Preis-Komitee ebenso wie das mit Sozialwissenschaftlern hochkarätig besetzte Amalfi-Preis-Komitee – können über die dunkle Seite in Zygmunt Baumans Leben nicht schweigend hinweggehen, wollen sie jemals noch andere aus moralischen Gründen kritisieren.

In der oben zitierten Dankesrede sagte Bauman: „Zumindest für die Soziologen ist die Gesellschaft die Wurzel alles Humanen, entsteht alles Menschliche aus sozialem Lernen.“ Er und mehr noch seine Adoranten sollten die Konsequenzen aus solchen Lehrsätzen ziehen – oder von nun an schweigen.

*Christian Fleck lehrt Soziologie an der Universität Graz und ist Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie.

Wir trauen um unseren

Leopold Böhm

Er war ein guter Ehemann, ein liebevoller Vater.

Er war ein großartiger Mensch.

Alle Herzen flogen ihm zu und er war immer für alle anderen da.

Er hatte es im Leben nicht immer leicht, aber er hat privat und beruflich größte Erfolge errungen.

Wir und alle, die ihn kannten, werden ihn niemals vergessen.

Lotte Böhm und Sandra Grünberger
im Namen aller Verwandten und FreundeDie Bestattung findet am Donnerstag, dem 5. 4. 2007,
um 14 Uhr auf dem Wiener Zentralfriedhof, 4. Tor, statt.

LESERSTIMMEN

Tunnels bis Linz

Betrifft: „In der Geisterbahn“ von Luise Ungerboeck

DER STANDARD, 27. 3. 2007
Das Verkehrspaket ist eine Zumutung für die Steuerzahler. Ähnliches hat es ja auch schon in der Vergangenheit gegeben (Masterplan 1999, Generalverkehrsplan 2002), doch das jetzige Paket sprengt in der Tat alles bisher Dagewesene, vor allem hinsichtlich der gewaltigen finanziellen Auswirkungen. Es empfiehlt sich daher, alle wichtigen Aussagen der Verantwortlichen sofort im Staatsarchiv aufzubewahren, damit spätere Generationen einmal genau nachlesen können, was man ihnen anno 2007 seitens der Bundesregierung und der beiden zuständigen Minister Faymann und Molterer angetan hat.

Es ist ziemlich sicher, dass künftige Generationen über einige Großprojekte – Beispiel Koralmbahn – von einem „groß angelegten Betrug am österreichischen Steuerzahler“ sprechen werden. Schließlich kann keiner der zahlreichen bisherigen Verkehrsminister behaupten, wie das jetzt Faymann tut: „bis 2002 so viele Schienen zu verlegen, dass wir vom Finanzministerium bis Innsbruck kommen, davon allein Tunnelstrecken bis Linz“.

Als besondere Skurrilität ist die Aussendung der Industriellenvereinigung zu werten, die einerseits dieses Verkehrspaket begrüßt und andererseits darauf hinweist, dass diese Investitionsprogramme „auf Basis betriebswirtschaftlicher Analysen und gesamtwirtschaftlicher Kosten/Nutzen-Überlegungen langfristig verbindlich umgesetzt werden sollen“, wobei allen bekannt ist, dass gerade diese Selbstverständlichkeit sträflich unterlassen wurde.

Dem Kommentar des STANDARD kann man nur beipflichten, wenn er die Be-

hauptung der beiden Minister, „mit dem Geld des Steuerzahlers verantwortungsvoll zuzugehen“ als Beleidigung für den Hausverstand bezeichnet.
Dkfm. Franz Fally,
1230 Wien

Siegreiches Konzept

Betrifft: „Herzstücke am Fließband“ von Ute Woltron

DER STANDARD, 31. 3. 2007
Wohl wahr: Eine Schlossrekonstruktion in Kombination mit einem Einkaufszentrum wie in Braunschweig muss nicht allgemeine Zustimmung finden. Auch was die Umsetzung angeht, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Was Sie aber zum Architekturwettbewerb schreiben, ist schlicht falsch: Der Entwurf der renommierten Architekten Grazioli-Muthesius hat nicht nur den Wettbewerb gewonnen, sondern genau dieses Konzept wurde auch umgesetzt.

Mehr noch: Zur eigens organisierten Fachtagung über das europaweit einmalige Projekt Schloss-Arkaden Braunschweig war Herr Professor Alfred Grazioli (Graz) am 28. März höchstpersönlich in die Löwenstadt gekommen. Wäre auch DER STANDARD unserer Einladung gefolgt, hätten Sie ihn dort sehen und in Ihrem Beitrag auch etwas von der angeregten und sachlich-differenzierten Diskussion wiedergeben können.

Christian Saadhoff,
ECE Projektmanagement
GmbH & Co. KG, Hamburg

Grundsätzlich gerecht

Betrifft: „Aus für Zuverdienstgrenze“

DER STANDARD, 3. 4. 2007
Ich muss gestehen, dass ich, bei objektiver Betrachtung, eine Zuverdienstgrenze als durchwegs begründet ansehe. Sinn dieser Unterstützung ist doch Beruf und Familie leichter vereinbaren zu können. Aber wozu benötigt jemand, der über ein hohes Einkom-

men verfügt, eine finanzielle Unterstützung?

Der eigentliche Beweggrund, einen Leserbrief zu ihrem Bericht zu schreiben, sind die drei Beispiele der „armen“ Besserverdienenden.

Ad Fall 1) Ein Argument für jeden Berufstätigen ist die Selbstverwirklichung. Dies scheint aber im vorliegenden Fall keine Rolle zu spielen. Vielmehr erscheint es wichtig, bei der Kosten-Nutzen-Rechnung festzustellen, wie man die höchsten staatlichen Subventionen lukrieren kann. Die Überlegung Karriere kann wohl nicht berücksichtigt worden sein. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Karriere-Weg mit Opfern verbunden ist. Und dies anfangs sowohl in zeitlicher als auch wirtschaftlicher Hinsicht.

Ad Fall 2) Eine Juristin, die 40 bis 50 Wochenstunden arbeitet, hat wohl kaum Probleme, eine Kinderbetreuung zuzukaufen. Und wenn sie 25 Stunden arbeitet, wohl auch kein Problem, trotzdem „vernünftig“ zu leben. Oder ist es Aufgabe des Staates, Luxus zu finanzieren? Muss der Staat die Kosten übernehmen, wenn die Eltern keine vernünftige Regelung finden? Oder spricht man hier über Verdienste, bei denen man wirklich einen reichen Ehemann benötigt?

Ad Fall 3) Ich bin ebenfalls selbstständig tätig und leiste auch meinen Beitrag zur Sozialversicherung. Den Grenzwert für neue Selbstständige als Hürde zu bezeichnen, ist wohl ein bisschen unüberlegt. Immerhin soll dies die Möglichkeit schaffen, nebenbei einen Zuverdienst zu beziehen.

Sozialbetrug als Notwendigkeit der harten Sozialversicherungsgrenzen darzustellen, ist wohl doch etwas übertrieben. Ich halte die starre Grenze für reparaturbedürftig. Eine Einschleifregelung wäre sachlich besser zu rechtfertigen.
Thomas Hubinger,
3443 Pressbaum